2016/254

<u>Verfahrenspostulat</u>: Überprüfung Stadtratsentschädigung (Umsetzung Reglement betr. Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen)

Gemäss § 3 Abs. 7 des Reglements vom 19. Dezember 2001 über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen sind die Entschädigungen des Stadtrats durch den Einwohnerrat jeweils vor Beginn der Legislaturperiode zu überprüfen und bei Bedarf neu festzusetzen.

Letztmals beantragte der Stadtrat dem Einwohnerrat am 7. August 2012, die Mandatsentschädigung ab 1. Juli 2012 der Teuerung anzupassen. Der Einwohnerrat gab dem Antrag statt, sodass die Bruttoentschädigung des Stadtrats heute pro Jahr CHF 90'490.00 (Präsidium, 50% Pensum), CHF 45'550.00 (Vizepräsidium, 25% Pensum) resp. CHF 36'940.00 (übrige Mitglieder, 20% Pensum) beträgt (vgl. § 3 Abs. 1 des erwähnten Reglements).

Liestal befindet sich im Wandel. Gerade bei Grossprojekten, welche Liestals Entwicklung entscheidend prägen (Bahnhofsneubau, Post etc.), ist es unumgänglich, dass das strategische Führungsorgan der Stadt Liestal die eigenen Interessen jeweils umfassend einbringen kann. Es stellt sich darum die Frage, ob dies bei den aktuellen Gegebenheiten noch möglich ist resp. ob die heutigen Entschädigungen und Pensen dem Aufwand eines Stadtpräsidenten resp. eines Stadtrats (ggf. je nach Departement) noch einigermassen gerecht werden.

Um es vorweg zu nehmen: Geld bildet niemals den Antrieb, um ein öffentliches Amt zu übernehmen. Und trotzdem sollte man sich <u>ergebnisoffen</u> Gedanken darüber machen dürfen, ob die geltende Regelung noch korrekt ist. Mit Blick auf das erwähnte Reglement ist der Legislaturwechsel der richtige Zeitpunkt, um diese Debatte im Einwohnerrat vertieft zu führen.

Das Büro oder die FIKO soll darum eingeladen werden, vertieft und ergebnisoffen zu prüfen sowie zu Handen des Einwohnerrats zu berichten, ob die heutige Regelung betreffend Entschädigung und Pensum des Stadtpräsidiums resp. des Stadtrats (ggf. je nach Departement) beibehalten oder neu festgesetzt werden soll.

Diego Stoll, SP-Fraktion

Liestal, im Juni 2016